

Stellungnahme als Sachverständiger zum 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Mitglied der Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts)

Zum ersten Mal in der Geschichte der Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung ist das Thema der politischen Bildung aufgegriffen worden. Die Sachverständigenkommission hat sich intensiv mit den Rahmenbedingungen politischer Bildung befasst, in dem sie die wichtigsten Trends gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen beschrieben hat.

Leitgedanke des Berichts ist die Überzeugung, dass Demokratie politische Bildung braucht. Und zwar „von Anfang an“. Gerade für Kinder und Jugendliche sind Angebote politischer Bildung „von klein auf“ wichtig, um in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld ein Verständnis der demokratischen Ordnung und ihrer Verfahren zu entwickeln.

Für die Erarbeitung des Berichts hat die Kommission auf das Sozialraum-Modell der Soziologin Martina Löw zurückgegriffen. Soziale Räume werden demzufolge durch Handlungen konstituiert und durch gesellschaftliche Strukturen und Institutionen gestützt. Kinder und Jugendliche erleben diese Räume zwar uneinheitlich und sehr vielfältig, aber sie gestalten sie selbst mit in all ihren Wechselwirkungen und Widersprüchen. Sie bewegen sich in ihren unterschiedlichen Lebensphasen immer zugleich in mehreren sozialen Räumen und setzen sie zueinander in Beziehung. Dabei helfen ihnen heute zunehmend digitale Techniken.

Der Bericht beleuchtet elf soziale Räume, die unterschiedlich stark normiert und strukturiert, sowie durch mehr oder weniger ausgeprägte Freiwilligkeit, sich einzubringen, geprägt sind. Aus diesen sozialen Räumen leiten sich der Bildungsauftrag und die Vorgaben der politischen Bildung ab, deren Spannweite von Wissensvermittlung und projektstrukturiertem Unterricht über emanzipationsorientierte außerschulische oder aufsuchende Modelle bis hin zu Selbst-Bildungsszenarien reicht.

Der Bericht versucht, diese Räume weitgehend entlang der Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen zu strukturieren und dabei auch den Blick auf soziale Räume zu werfen, deren Potenziale für die politische Bildung erst noch zu heben sind. Auf diese Weise zeichnet der Bericht die verschiedenen

Lebensphasen und Alltagssituationen der Kinder und Jugendlichen von der Familie und der Kita bis hin zu Bundeswehr und Freiwilligendiensten in Bezug auf die darin anzutreffenden Formen politischer Bildung nach.

Dabei werden sowohl die Stärken als auch die Schwächen politischer Bildung, bzw. deren noch auszubauende Potentiale sichtbar und verhandelbar. Ziel des Berichtes ist es, vor diesem Hintergrund Handlungsempfehlungen für gelingende politische Bildung und damit die Stärkung der Demokratie zu geben.

Für die weitere Debatte um die Rolle politischer Bildung ist es konstruktiv und hilfreich, dass eine Reihe von Fachbegriffen eingeordnet und geklärt werden (zB. „Demokratiebildung“ und „politische Bildung“). So wird ein Rahmen abgesteckt, der die sehr heterogenen Strukturen und Formen politischer Bildung fachlich aufeinander bezieht. Die Entwicklung fachlicher Standards und die Verankerung in der Fach- und Hochschullandschaft durch entsprechende Lehrstühle ist dabei Voraussetzung für die qualitative Weiterentwicklung der Disziplin der politischen Bildung. Die politische Bildung hält deshalb an Qualitätsstandards wie dem Beutelsbacher Konsens fest, der mit den Prinzipien des Kontroversitätsgebotes, des Überwältigungsverbotes sowie des Befähigungsgebotes auf die mündige und kritische Urteilskraft und die Beteiligung in politischen Fragen und demokratischen Verfahren abzielt.

Vor diesem Hintergrund betont der Bericht vehement, dass politische Bildung als Bildung für die demokratische Ordnung nie „neutral“ sein kann, sondern sich normativ als aktives Eintreten für demokratische und menschenrechtsbasierte Werte versteht.

Im Zuge verstärkter politischer Anstrengungen der Politik, den gesellschaftlichen und politischen Wandel durch demokratiestärkende Angebote zu begleiten, ist die Frage aufgeworfen worden, wie sich politische Bildung von Extremismusprävention unterscheidet. Der Bericht stellt dabei fest, dass politische Bildung einer „Ermöglichungslogik“ folgt, die dazu ermutigt, sich an der Gestaltung der Demokratie aktiv zu beteiligen, während Extremismusprävention eher einer „Verhinderungslogik“ folgt, die die demokratische Ordnung vor demokratiefeindlichen Bestrebungen zu schützen versucht. Dementsprechend werden die Zielgruppen beider Disziplinen unterschiedlich adressiert.

Im Zuge dieser verstärkten politischen Anstrengungen hat sich das Handlungsfeld politischer Bildung erweitert und ausdifferenziert. Eine Vielzahl neuer Akteur*innen und Partner*innen fordert mit unterschiedlichen

Kompetenzen die politische Bildung heraus und bereichert sie. Politische Bildung ist im Einklang mit der Pluralisierung der Lebensentwürfe interdisziplinärer und vielfältiger geworden und versucht die unterschiedlichsten Zielgruppen in der formalen, nonformalen und informellen Bildung alltags- und lebensweltlich zu erreichen und für die Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu aktivieren.

Das lässt sich z.B. an medialen Formaten der politischen Bildung zeigen. Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in und mit den Medien, weshalb der Bericht auch die Medien als sozialen Raum zu fassen versucht. Kinder und noch mehr Jugendliche unterscheiden nicht mehr zwischen „analog“ und „digital“ und bewegen sich in digitalen Netzwerken und Spielwelten. Dabei verändern sich Rollenverständnisse in politischen Bildungsprozessen. Zu den Influencer*innen, an denen sich Kinder und Jugendliche in Webvideos orientieren, zählen heute peers, Fussballstars, aber natürlich auch Lehrkräfte, deren Online-Tutorials hundertausendfach rezipiert werden.

Vor diesem Hintergrund schlägt der Bericht – das Verhältnis von Medienbildung und politischer Bildung reflektierend – vor, beide Disziplinen zusammenzudenken und von „politischer Medienbildung“ zu sprechen. Eine ist ohne die andere nicht mehr zu denken. Kinder und Jugendliche gewinnen im gelingenden Fall mit „politischer Medienbildung“ einen kritischen, selbstreflexiven Umgang mit Medien und damit die Souveränität, sich selbstbestimmt in ihnen zu bewegen und, wo nötig, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Dabei setzt politische Bildung durchgängig auf Beteiligung. Ohne Beteiligung erzielt politische Bildung keinen nachhaltigen Erfolg. Beteiligung alleine führt aber nicht automatisch zu qualitativ und quantitativ mehr politische Bildung. Erst die Anwendung der fachlichen und methodischen Standards der Profession qualifizieren Teilhabeformen als politische Bildung.

Aus fachlicher Sicht ist es sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Handlungsfeldern der politischen Bildung ein so großes Augenmerk widmet. Im Zuge der bildungspolitischen Diskussionen rund um die PISA Studien wurden vor allem die naturwissenschaftlichen Fächer und die Sprachen priorisiert. Die Fächer der politischen Bildung erfuhren in diesem Kontext vor allem in der formalen Bildung weniger Beachtung. Mit der fokussierten Schwerpunktsetzung des 16. KJB gelingt es nunmehr, diesen Trend zu wenden.

Der Bericht ist deshalb in der Landschaft der politischen Bildung auf große Resonanz gestoßen und hat hohe Erwartungen geweckt. Die vielfältige Trägerstruktur unterschiedlicher weltanschaulicher Prägung, die Jugendverbandsarbeit mit ihrem emanzipativen Anspruch der Jugendbildungsarbeit, aber auch die staatlichen Zentralen von Bund und Ländern, die, was eher selten geschieht, eine gemeinsame Stellungnahme (siehe Anlage) zum 16. KJB verfasst haben, beziehen sich durchgehend wertschätzend auf den Bericht und lesen ihn als Unterstützung ihrer Arbeit.

Durch den breiten Blick auf die unterschiedlichen Lebensphasen und das diverse Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einer heterogener werdenden Gesellschaft wird die Relevanz politischer Bildung auch für bislang noch unterschätzte Sozialräume deutlich. Die Potenziale politischer Bildung lassen sich z.B. auch in dem Bereich der Hilfen zur Erziehung, der berufsschulischen Bildung und in geschlossenen Einrichtungen stärker als bisher entfalten.

Um den Stellenwert der politischen Bildung nachhaltig zu festigen, legt der Bericht einen großen Wert auf die Verankerung in der Forschungslandschaft und der Aus- und Fortbildung des Fachpersonals.

Die Kommission beendete ihre Arbeit während der ersten Welle der Corona-Pandemie und hat *expressis verbis* auf die seinerzeit anstehenden Herausforderungen vor allem im Bereich digitaler Formate hingewiesen, aber auch die prekären Auswirkungen auf die Praktiken politischer Bildung thematisiert. Die durch den Bericht angestoßene Aufmerksamkeit sollte deshalb genutzt werden, die Disziplin der politischen Bildung insbesondere für Kinder und Jugendliche langfristig weiterzuentwickeln und nachhaltig in der Bildungslandschaft zu verankern. Politische Bildung in der Demokratie ist kein Selbstzweck, sondern zielt auf demokratisches Handeln ab, für das es gerade auch Kinder und Jugendliche zu gewinnen gilt.

Anlage:

Stellungnahme der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung (ZpB)

zum 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. (19. Februar 2021)

Im November 2020 wurde der 16. Kinder- und Jugendbericht, der sich auf über 600 Seiten mit Rahmenbedingungen, Strukturen und Inhalten der Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter befasst, vorgelegt. Aus Sicht der 15 Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung stellt er ein wichtiges, wegweisendes Dokument für die politische Bildung in Deutschland dar und muss die Grundlage für künftige Diskussionen und Entscheidungen zur politischen Bildung bilden.

Der Bericht stellt klar, dass politische Bildung immer Bildung für die Demokratie ist und daher schon per Definition nicht „neutral“ sein kann. Wesensmerkmal und normativer Kern der politischen Bildung ist die Orientierung an demokratischen Werten. Ihr Ziel der Ausbildung kritischer, politischer Urteilskraft kann nur über die Einhaltung fachlicher Qualitätsstandards wie dem Beutelsbacher Konsens erreicht werden.

Von grundlegender Bedeutung und Tragweite ist die Feststellung, dass politische Bildung mehr ist als Extremismusprävention. In diesem Sinne haben auch die Zentralen der politischen Bildung gemeinsam öffentlich Stellung bezogen.

Der Bericht liefert eine stringente Nutzung und Unterscheidung zentraler Fachbegriffe wie „politische Bildung“ oder „Demokratiebildung“, wodurch künftig ein klarer begrifflicher Rahmen für Debatten zur politischen Bildung gesetzt wird. Er hält fest, dass politische Jugend- und Erwachsenenbildung und in der sozialen Arbeit durch entsprechende Professuren verankert sein muss, damit die Fachstandards der Profession in den verschiedenen Feldern wirksam werden können.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht beschreibt wesentliche Herausforderungen und Potenziale der politischen Bildung in Deutschland. Die zentrale Botschaft dabei ist, dass „politische Bildung von Anfang an“ eine der entscheidenden Aufgaben demokratischer Gesellschaften ist. Politische Bildung muss – in unterschiedlicher Form – von der Kita, über die Schule, Berufsschule bis hin zur Erwachsenenbildung in allen sozialen Räumen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, präsent sein. Diese Grundhaltung wird künftig erhebliche Auswirkungen auf unser Bildungs- und Sozialsystem haben (müssen). Politische Bildung wird immer ganzheitlich als ein vielschichtiger Bildungsprozess gedacht, der neben dem Wissenserwerb auch Erfahrungen, Emotionen, praktisches Handeln und Beteiligung beinhaltet. Dabei sind inhaltliche Entwicklungen zu berücksichtigen, so die notwendige Verbindung von politischer Bildung mit kritischer Medienbildung.

Die Autor*innen zeigen Handlungsfelder auf, in denen politische Bildung künftig intensiver stattfinden muss. Sie sehen insbesondere in der Verschränkung von „klassischer“ politischer Bildung mit neuen Partnern ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Hierzu gehören zum Beispiel Vereine junger Menschen mit Migrationsbiographie und People of Color. Zum anderen betrifft dies die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienberatung oder die geplante verlässliche Ganztagsgrundschule. Hierfür bedarf es einer durch eine Regelförderung abgesicherten vielfältigen Trägerlandschaft der politischen Bildung. Erst durch diese werden unterschiedliche Zugriffe auf Zielgruppen, Themen und Formate möglich.

Nicht zuletzt macht der Bericht durch die Vielzahl von Impulsen und Anregungen insgesamt deutlich, welche Bedeutung der professionellen politischen Bildung in unserer Demokratie zukommt. Der explizit formulierte Anspruch, dass alle jungen Menschen ein Recht auf politische Bildung haben, findet daher die ungeteilte Zustimmung der Zentralen der politischen Bildung. Hieran werden sich künftige politische Entscheidungen messen lassen müssen.

